

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden
Verleger: Dr. G. G. G.
Für die Nachdrucke: 20011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1923 bei 10gl. wöchentlichem Aufstellung drei Ausw. 1,50 M.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet die einpaginige 2 mit breite Seite 3 Bsp. für auswärts 4 Bsp. Familienanzeigen und Zeilensuche ohne Rabatt 1/2 Bsp. außerhalb 25 Bsp. die so man breite Reklamenten 30 Bsp. außerhalb 50 Bsp. Überzahlgebühren 50 Bsp. Ausw. Auslandes gegen Vorzuschießung.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Vieweg & Reichardt in Dresden
Börschestr. 106/8 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe "Dresdner Nachr." zulässig. Unrechtmäßige Nachdrucke werden nicht aufgemerkt.

Erste Ergebnisse der Länder-Konferenz. Unitarische Anregungen aus Hamburg. — Ein föderalistischer Gegenstoß aus Württemberg.

Die Rede des Hamburger Oberbürgermeisters

„Demokratisierung“. — Gegen Verschlingung Preußens.
Berlin, 16. Januar. Das zweistündige Referat des Hamburger Bürgermeisters Dr. Petersen auf der Länderkonferenz spielte in dem Vorschlag, einen Sachverständigenausschuss einzusetzen, der die bisher vorliegenden Entwürfe für die Umgestaltung des Reiches durcharbeiten, eigene Vorschläge machen und sie zur weiteren Beschlußfassung der zuständigen Stelle zur Verfügung stellen soll. Dieser Ausschuss soll zusammengesetzt sein aus Politikern, Verwaltungssachverständigen, Staats- und Verwaltungsrechtlern, Vertretern der Wirtschaft, einschließlich der Arbeitnehmerorganisationen. Den Vorsitz soll ein Vertrauensmann der Reichsregierung und der Länderregierungen führen. Die jetzige Länderkonferenz soll nach der Auffassung Petersens die Fragen formulieren, die dem Ausschuss vorzulegen wären, und seine Arbeitsgebiete genau abgrenzen.

Im Verlaufe seiner Rede sprach Petersen die einzelnen Vorschläge zur Reform des Reiches durch. Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß über die Einzelheiten der Umgestaltung keine Übereinstimmung besteht, daß aber alle Vorschläge sich in folgenden grundsätzlichen Punkten einigten:

1. Durchführung des demokratischen Prinzips der Reichsverfassung auch bei der Einwirkung der Länder auf die Willensbildung des Reiches.
2. Stärkung der Reichswehr.
3. Vereinfachung der politischen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament und damit Vermehrung der Stetigkeit in der Verwaltung des Reiches.
4. Ausbau lebendiger unterer und mittlerer Selbstverwaltungsbezirke und Verankerung des Zustandes wegen zur Zentralregierung.
5. Neugliederung des Reiches in Gebilde, die kulturell und wirtschaftspolitisch lebensfähig sind und im Rahmen des Reiches ein Eigenleben führen.

Wenn aber eine Befestigung der jetzigen Fehler durch den Ausbau der föderalistischen Verfassungselemente nicht denkbar sei, so müsse man die Möglichkeiten des Einheitsstaates prüfen. Dr. Petersen ging dann die Einzelheiten der vorliegenden Vorschläge durch und besprach insbesondere den Plan der Bildung freier Reichsländer mit eigenem Landtage und eigenem Landespräsidenten. Er erklärte, daß ihm dieser Vorschlag annehmbar und wünschenswert sei, weil seine Voraussetzung die Verbrückelung Preußens wäre. Preußen müsse aber erhalten bleiben, bis es im Reich aufgehoben kann. Der umgekehrte Weg sei verhängnisvoll.

Bazilles Wege.

Nach Dr. Petersen sprach der württembergische Staatspräsident Dr. Bazille. Von den Grundfragen der Württembergischen Reichsverfassung ausgehend, erörterte Dr. Bazille zunächst die Frage, welche Folgen das Verlassen der Bismarckischen Grundzüge durch die Weimarer Verfassung nach sich gezogen habe. Mit Zwang durchgeführte unitarische Bestrebungen würden nur das Gegenteil erreichen, die Gefährdung der Reichseinheit. Für Reich und Länder sei eine klare Abgrenzung der selbständigen Kompetenzen in Gesetzgebung und Verwaltung erforderlich, ebenso die Beschränkung der Reichsgewalt auf das notwendige und die Sicherung der Länder gegen die Uebergriffe der zentralen Behörden.

Bazilles zweite Forderung geht darauf hinaus, daß der Reichsrat eine dem alten Bundesrat ähnliche Stellung wieder erhalte. Der Dualismus zwischen Reich und Preußen müsse dadurch überwunden werden, daß der Reichspräsident gleichzeitig preussischer Staatspräsident und der Reichskanzler preussischer Ministerpräsident werde. Um Preußens übertragenden Einfluß einzuschränken, müßten Preußens Reichsratsstimmen wieder auf die Zahl der früheren Bundesratsstimmen zurückgebracht werden.

Ohne Befestigung des rein parlamentarischen Systems läßt sich aber eine solche Reform nicht herstellen. Das parlamentarische System darf aber kein Hemmnis sein, da die Macht sowieso einer Beschränkung bedarf. Das läßt sich am besten auf dem Wege erreichen, den die amerikanische Unionverfassung eingeschlagen hat, nach der die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannten Minister des Vertrauens des Parlaments nicht bedürfen. Will man aber daran festhalten, daß die Minister auch des Vertrauens der Parlamente bedürfen, so ist dies dann praktisch am besten noch in der Form möglich, daß sie abzutreten haben, wenn mindestens zwei Drittel der Abgeordneten ihnen das Vertrauen entziehen.

Dr. Bazille wies darauf hin, daß die Ansprüche der Länder auf Abfindung für die abgetretenen Länderpost-, Steuer- und Zollgebäude bis heute noch nicht befriedigt worden seien. Die Finanzhoheit über die wichtigsten direkten Steuern müsse den Ländern zurück-

gegeben werden. Nicht mehr lebensfähige deutsche Staaten sollten den freiwilligen Anschluss an ein anderes deutsches Land suchen. Ein kleinerer Staat solle aber nicht zur Aufgabe seiner Selbstständigkeit gezwungen werden. Gültige Vereinbarungen sollten auch in der Frage der Exklaven und Enklaven getroffen werden.

Die Stimmung in Süddeutschland.

Schließlich betonte der Redner: Die Lage Deutschlands ist so, daß nur schnelle und gründliche Formen der Verfassung es vor dem Wege in eine abhässliche Entwicklung bewahren können. Man verkennt das Wesen namentlich der süddeutschen Bevölkerung, wenn man glaubt, sie lasse sich direkt oder indirekt zu Zugeständnissen zwingen, von deren Berechtigung sie nicht überzeugt ist. Die Bevölkerung der süddeutschen Staaten ist dem Reichsgedanken treu ergeben, aber sie will nach ihren eigenen Gewohnheiten, Gefühlen und Idealen leben, und wird niemals einen Zwang ertragen, von dessen Berechtigung sie nicht überzeugt ist. Weder in einem zentralisierten noch in einem dezentralisierten Einheitsstaate wird viel Rücksicht auf ihre Eigenart genommen werden. Sie besitzet ferner mit Recht, daß ihre wirtschaftlichen Interessen, wenn ihr Land zu einer von Berlin völlig abhängigen Provinz geworden ist, nicht mit derselben Sorgfalt und Liebe gepflegt und daß die Berlin näheren Reichsteile bevorzugt werden. Die in den Einzelstaaten vereinigte Bevölkerung sieht sich als eine Einheit und selbständige Staatspersönlichkeit und ist, von Ausnahmen vielleicht abgesehen, nicht geneigt, diesen Zustand preiszugeben. Nur die äußerste Noth und die schreckliche Mäcker zu den Grundfragen der Staatsweisheit, die Deutschland vor dem Weltkriege an die Kehle gehabt haben, können uns vor der Entwicklung zur Anarchie und Diktatur bewahren.

Die Korreferate Felds und Brauns.

Berlin, 16. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Die Länderkonferenz, die heute nachmittags um 1/2 Uhr nach einer Mittagspause wieder eröffnet wurde, nahm die Korreferate des bairischen Ministerpräsidenten und des preussischen Ministerpräsidenten entgegen. Nach Beendigung der beiden Referate wurde die Sitzung gegen 7 Uhr geschlossen. Morgen früh um 10 Uhr beginnt die Tagung mit der Eröffnung der Diskussion über die gehaltenen Referate und Korreferate.

Der bairische Ministerpräsident Dr. Feld

betonte in seinem Korreferat, der wirkliche Grund für das mancherlei Durcheinander und Gegeneinander in Deutschland liege in der geistigen und sozialen Zerrissenheit des deutschen Volkes. Diese Zerrissenheit würde auch im Einheitsstaat nicht vermindert, sondern vermehrt. Bei Befestigung der Landesinstitutionen würden sofort neue Organe und Behörden notwendig werden, deren Kosten nicht wünschenswert geringe wären. Wirkliche Einsparnisse könnten nur erzielt werden durch einen Abbau der Staatsaufgaben. Man sollte daher von einer umstürzenden Umgestaltung der Verfassung zum Einheitsstaate absehen und zunächst

Die Mängel der Weimarer Verfassung beseitigen.

Der Kernpunkt des innerdeutschen Problems ist das Problem Reich und Preußen. Der Redner legt dann die verschiedenen Vorschläge zur Lösung dieses Problems dar und betonte, bei einer Lösung des Problems, wie sie auch sein müßte, müßten die Länder unbedingt folgende Forderungen erheben: Verfassungsautonomie der Länder und ihre Sicherung; Gebietsautonomie der Länder; Einschränkung der Gesetzgebungsrechte des Reiches; Sicherstellung der Länderverwaltung gegen Eingriffe der Reichsverwaltung; Wiederherstellung einer größeren finanziellen Selbstständigkeit der Länder; ein Finanzausgleich, der die Erhaltung der Länder selbstständigkeit ermöglicht; Ausbau des Reichsrats als Gesetzgebungsorgan und verfassungsmäßige Sicherung aller dieser Rechte und Länder.

Für eine durchgreifende Revision der Verfassung in dem angedeuteten föderalistischen Sinn ist aber die Zeit noch nicht gekommen. Immerhin ließe sich aber ein gewisses Minimum an zur Verbesserung der gegenwärtigen unhaltbaren Zustände durchführen, und zwar auch ohne Verfassungsänderung. Dies käme vor allem in Betracht: 1. eine Verbesserung des Finanzausgleiches, 2. ein Ausbau weiterer Zuständigkeiten zugunsten der Länder auf der Grundlage der August-Vereinbarungen des Jahres 1922.

In politischen Kreisen ist man von dem bisherigen Verlauf der Konferenz der Länder durchaus befriedigt. Auch Ministerpräsident Dr. Braun, der die heutigen Verhandlungen mit seinem Referat abschloß, betonte die Notwendigkeit einer ruhigen und sachgemäßen Entwicklung der in Frage stehenden Probleme. Er unterstrich, daß man an die Dinge ohne Rücksicht auf Parteistandpunkte heranzugehen müsse. So ist mit den vier großen Referaten zunächst die Grundlage geschaffen worden, auf der sich die morgige Diskussion entwickeln kann. Naturgemäß läßt sich am Abend des ersten Tages noch nicht sagen, zu welchen Beschlüssen die Konferenz kommen wird. So viel aber kann man immerhin bereits feststellen, daß die heutigen Verhandlungen die großen Probleme freimütig offenlegen haben, so daß sich nunmehr aus der Austragung der schließlichen Ergebnisse der Konferenz herauskristallisieren können.

Der Kampf um die Wehrmacht.

Dem scheidenden Gehler. — Die Nachfolgefrage.

Wenn einst die deutsche Geschichte der nachrevolutionären Zeit geschrieben ist, dann wird gewiß in ihren Annalen der Name Otto Gehler einen Ehrenplatz einnehmen, und unsern Kindern wird in der Schule erzählt werden von den großen Verdiensten dieses Mannes um sein Vaterland, vor allem aber um den Wiederaufbau der durch die Revolutionswirren gerrütteten Wehrmacht des Reiches. Noch in diesen Tagen verläßt Dr. Gehler aus gesundheitlichen und familiären Gründen das Reichswehrministerium. Das deutsche Volk sieht mit aufrichtiger Bewegung einen Mann scheiden, der in schwerer, aufreibender Arbeit und nimmermüder Treue für den Wiederaufstieg der Nation seine besten Kräfte hergab. — Wer ist dieser Mann, der in dem parlamentarisch „regierten“ Deutschland mit seinem enormen Ministerverbrauche fast neun Jahre seinen Posten inne gehabt hat und dessen Name in dieser Zeit zu einem Programm geworden ist? Auf schwäbischer Erde, in Ludwigsburg, stand Gehler's Wiege. Erlangen sah ihn als Student. Nach der Promotion zum Doktor juris ist er kurze Zeit als Staatsanwalt tätig und wird dann als Gewerberichter mit 33 Jahren zum Ersten Bürgermeister Regensburgs gewählt. Nach drei Jahren beruft ihn Nürnberg zum Oberbürgermeister. Die Revolutionstürme brausen über die Stadt. Gehler betritt die politische Bühne. Er bewährte die Stadt und Nordbayern vor dem Terror der Räteherrschaft dank seiner realpolitischen Klugheit und Energie. Im Oktober 1919 wird er Außenminister, aber schon nach sechs Monaten ernannt ihn Ebert als Reichsminister des Innern zum Reichsminister. Als solcher trat Gehler eine hohle Erbschaft an. Die Grundlagen des Reiches und der Wehrmacht zitterten noch von den Stürmen des Rapp-Putsch. Zwischen dem Betrüben der Selbstschutzorganisationen, den Kreisen innerhalb der Wehrmacht, die zu Umstürzungen hinneigten, und den wehrmachtsfeindlichen Bestrebungen der marxistischen und pazifistischen Elemente, die bis weit in die Demokratie hineinreichten, hindurch, galt es einen Weg zu finden zum Wiederaufbau von Heer und Marine auf den großen Traditionen der Vergangenheit. Würde das gelingen — beargwöhnt von parteiischer Innenpolitik und schmachvoll beaufsichtigt von Kontrollleuten der Weltkriegsflieger? Bei der Bewältigung dieser fast unlösbar erscheinenden Aufgabe verließ Dr. Gehler die ausgetretenen Bahnen parteipolitischer Dogmen, freifte auch die beengenden Fesseln demokratischer Fraktionszwänge ab, und hat, durchdrungen von echter Staatsverantwortung, sein Reformwerk begonnen und vollendet. Der vorbildlichen Zusammenarbeit Gehler's und Seckts hat das Volk die innere Befriedung Deutschlands zu danken. Aber wäre der „Bivli“ Gehler nicht die Persönlichkeit danach gewesen, er hätte nicht das Vertrauen bei Mann und Offizier gefunden, dessen es bedurfte, ohne Reibungen und Mißverständnisse auch den Wiederaufbau der Wehrmacht durchzuführen.

Gehler und Seckts haben in gemeinsamer Arbeit ihren Aemtern im öffentlichen Leben eine Würde gegeben, in deren Schatten sich ihr großes Reformwerk: die Entpolitisierung der Wehrmacht, vollziehen konnte. Wie alles mit allen Mitteln um die Wehrmacht warb, um mit Hilfe dieses Instrumentes sich selbst eine Machtstellung zu sichern — das ist noch in aller Erinnerung. Aber alle Verbungen prästen an dem unerschütterlichen Willen Gehler's und Seckts ab, die Wehrmacht wieder zu einem sicheren Machtfaktor in der Hand der Staatsgewalten zu machen. In diesem Kampf, der doch auch dem „Schutz der Republik“ galt, hatte Gehler aber

An unsere Postabonnenten!

Die Bestellung auf die
Dresdner Nachrichten

für Monat Februar 1923
wollen Sie sofort erledigen,
damit keine Unterbrechung
in der Zustellung eintritt.

Für Bestellungen, die nach dem 25. Januar ausgegeben werden, erhebt die Post eine Sondergebühr

Verlag der Dresdner Nachrichten